

Das neue Asylgesetz:

Mit Kanonen auf Spatzen...





Wie doch die Zeit vergeht! Und mit ihr die Positionen! Ich weiss nicht, ob Sie sich noch erinnern: Vor gut vier Jahren, im Herbst 2002, stimmten wir über die SVP-Asylinitiative ab. Wissen Sie noch, was die Initiative verlangte? Im Grunde waren es neben vielen Details zwei Forderungen: Asylsuchende, die sich nicht ausweisen können, sollten ohne viel Federlesen abgeschoben werden können. Und abgewiesene Asylbewerber sollten vom Arbeitsmarkt und der Sozialhilfe ausgenommen werden.

Das gehe nicht, befanden damals – neben SP und Grünen – auch FDP und CVP. Der Schaffhauser FDP-Ständerat Peter Briner schrieb Anfang November 2002 im FDP-Presseamt unter dem Titel «Weshalb die Asylinitiative die falsche Antwort ist» zur Forderung der umgehenden Rückführung von papierlosen Asylbewerbern folgendes: «Mit dem so einfachen Wegweisungsentscheid ist es jedoch nicht getan. Dazu braucht es die Bereitschaft der Drittstaaten [über welche die Asylbewerber eingereist sind, Anm. SF], zur Rückübernahme. Ohne diese bleiben die Betroffenen da (wie heute) aber ohne irgendeinen Status und ohne weiteres Verfahren. Man könnte ja auf ihr Gesicht nicht eintreten. Sie dürften wohl untertauchen. Was also so einfach erscheint, würde an der Durchführung scheitern.»

Und auch die CVP liess an der Initiative der SVP kaum einen guten Faden. Die Initiative sei mit ihren Forderungen zur Lösung der Probleme im Asylbereich einfach untauglich, meinte der damalige CVP-Fraktionspräsident in Bern, Jean-Michel Cina, anlässlich einer CVP-Delegiertenversammlung in Mendrisio. «Die humanitäre Tradition verbietet es, Hilssuchende ohne Anhörung ihrer Gründe wegzuschicken, nur weil sie sich nicht ausweisen können. Gerade die echten Flüchtlinge haben ja vor ihrer Flucht oft keine Möglichkeit, sich Papiere zu besorgen.»

Die Initiative aus dem Hause von Oppositionsführer Blocher wurde im November 2002 abgelehnt, knapp zwar, aber immerhin. Sie wurde abgelehnt, weil bürgerliche Kreise erkannten, dass die SVP-Initiative liberalen und christlichen Grundüberzeugungen widersprach und Lösungen vorgaukelte, die keine waren.

Doch das Gedächtnis reicht offenbar nicht weit zurück: Vier Jahre später, am 24. September 2006, stimmen wir nun über ein neues Asyl-Gesetz aus dem Hause von Bundesrat Blocher ab. Dieses gleicht in seinen zentralen Forderungen der einstigen SVP-Asylinitiative fast wie ein Ei dem anderen, in einigen Punkten geht es sogar noch über die einstigen Wünsche der SVP hinaus (z.B. die zweijährige Beugehaft). Doch was machen nun FDP und CVP (und bedauerlicherweise auch der einzige Nationalrat der Grünliberalen)? Sie schreiben und sagen heute genau das Gegenteil von dem, was sie 2002 behaupteten, kämpfen heute für das, was sie damals ablehnten, werfen liberale und christliche Grundsätze über Bord und stehen für Ideen ein, welche sie vor vier Jahren noch als «untauglich» und «scheinheilig» klassifizierten.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber mir fällt dazu nur ein Wort ein: wankelmütig.

Ein Nein mit Herz, ein Nein mit dem Verstand	3
Eidgenössische Abstimmung vom 24. September: Asyl- und Ausländergesetz Von Ruth Dreifuss, alt Bundesrätin	
10 Argumente gegen das neue Asylgesetz	4
Eidgenössische Abstimmung: Nein zum neuen Asylgesetz	
10 Argumente gegen das neue Ausländergesetz	5
Eidgenössische Abstimmung: Nein zum neuen Ausländergesetz	
«Erfolgreiche Integration setzt möglichst früh an»	6-7
Das neue Integrationspapier der SP Schweiz Interview mit Vreni Hubmann, Nationalrätin	
«Sichere Renten – Volksvermögen, das allen dient»	8-9
Eidgenössische Abstimmung zur KOSA-Initiative Interview mit Ruedi Rechsteiner, Nationalrat	
Wir machen uns stark für Uster	10
Who is who der SP Uster (2. Teil): Vorstand und FORUM-Redaktion	
SP Uster mit neuem Webauftritt	11
www.sp-uster.ch in luftig-neuem Design Von Stefan Feldmann und Fredde Gut	
Veranstaltungskalender	12

IMPRESSUM FORUM
 Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
 www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
 Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
 Auflage: 9'600
 Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
 Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Rolf Murbach
 Layout: Ewald Feldmann
 Vertrieb: Martin Zwyszig
 Druck: Ropress Zürich
 Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Editorial von alt Bundesrätin Ruth Dreifuss

Ein Nein mit Herz, ein Nein mit dem Verstand

Von Ruth Dreifuss, alt Bundesrätin

Die Schweiz, für die ich mich einsetze, ist eine soziale Schweiz mit soliden Sozialversicherungswerken, zu denen alle ihren Beitrag leisten. Die Schweiz, die mich stolz macht, ist eine Demokratie, die ihr Menschenrechts-Engagement ernst nimmt und sich bei ihren politischen Entscheidungen von Herz und Verstand leiten lässt.

Das Herz sagt uns, dass wir dazu Sorge tragen müssen, dass alle, die Schutz brauchen, diesen auch finden. Der Verstand sagt uns, dass mit schnellen und summarischen Asylverfahren das Risiko steigt, dass eine Person abgewiesen wird, die an Leib und Leben gefährdet ist. Die Revision des Asylgesetzes lässt uns fürchten, dass genau solche Menschen abgewiesen werden, weil sie die für ihre Flucht nötigen Dokumente bei ihren Verfolgern nicht beschaffen konnten.

Das Herz sagt uns, dass die Rückkehr einer Person, welche die Asylgründe nicht erfüllt, weil sie nicht vor Verfolgung, sondern vor Armut und Elend geflohen ist, in Würde und ohne übertriebene Härte geschehen soll. Das neue Gesetz sieht jetzt aber vor, dass solche Menschen bis zu zwei Jahre in Haft bleiben und dann von der Polizei ausgeschafft werden sollen.

Das Herz gebietet, uns dagegen zu wehren, dass all jenen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, oder auf das nicht eingetreten

wurde, die Sozialhilfe verweigert werden soll. Der Verstand sagt uns, dass eine solche Massnahme nur zu mehr Unsicherheit führen wird.

Der Verstand überzeugt uns, dass Integration ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter bedeutet, dass diese in der Schweiz ein normales Leben führen können und nicht in Ghettos und Baracken verbannt

werden. Das Herz fordert uns dazu auf, ein Ausländergesetz abzulehnen, das wegen Einschränkungen des Familiennachzuges zu zersplitterten Familien führt.

Der Verstand gebietet, dass die Einwanderung auf jene beschränkt bleiben soll, die auch Aussicht auf Arbeit haben, damit sie das Wirtschaftswachstum und nicht die Arbeitslosigkeit ankurbelt. Der Verstand sagt uns aber auch, dass wenn wir uns nicht wirklich an den echten Bedürfnissen orientieren und nur für Hochqualifizierte Stellen anbieten, der illegale Arbeitsmarkt weiter wachsen wird. Das Herz sagt uns, dass es unwürdig ist, wenn zehntausende Menschen hier im Versteck und in Angst leben und arbeiten müssen.

Manchmal argumentieren Herz und Verstand genau gleich: Herz und Verstand rufen uns auf, zwei Mal Nein zu stimmen.



Ruth Dreifuss, ehemalige Bundesrätin, kämpft auch heute noch für eine humanitäre und menschliche Schweiz.

Abstimmungsparolen der SP

BUND	NEIN zum Asylgesetz
	NEIN zum Ausländergesetz (lesen Sie die Argumentarien auf den Seiten 4 und 5)
	JA zur KOSA-Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (lesen Sie das Interview auf den Seiten 8 und 9)
KANTON	keine Abstimmungen
GEMEINDE	keine Abstimmungen

Eidgenössische Abstimmung: 10 Argumente gegen das neue Asylgesetz

Nein zum neuen Asylgesetz ...

1 ... weil bedrohte Flüchtlinge ausgeschafft würden.

Wer nicht innert 48 Stunden nach der Ankunft an der Grenze Reise- oder Identitätspapiere vorzeigen kann, muss mit der Ausschaffung rechnen. Es sind aber gerade an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge, die oft keine Papiere haben, weil sie ihnen weggenommen wurden. Ein Nichteintretensentscheid auf Asylgesuche von Flüchtlingen verletzt die Flüchtlingskonvention. Und die Ausschaffung Verfolgter, die in ihrem Herkunftsland gefoltert und verfolgt werden und an Leib und Leben bedroht sind, verletzt die Menschenrechte.

2 ... weil staatlich verordnetes Elend die Folge wäre.

Künftig können alle Personen mit definitiv abgelehnten Asylgesuchen von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden – auch wenn sie gar nicht ausreisen können, weil kein Land sie aufnimmt. So treibt man Menschen ins Elend, in die Illegalität und in die Überlebenskriminalität. Ausnahmen gibt es keine – auch Familien, Kinder ohne Eltern und Schwangere landen auf der Strasse. Tausende von Menschen werden so ins Elend und in die Illegalität getrieben. Als einziger Ausweg bleibt ihnen noch die Nothilfe, die schwer zugänglich ist. Man kann Menschen aus der Statistik streichen. Irgendwo und irgendwie leben sie aber weiter, oft unter menschenunwürdigen Bedingungen.

3 ... weil eine Beugehaft unverhältnismässig, nutzlos und teuer ist.

Wer die Schweiz nicht freiwillig verlässt, kommt bis zu zwei Jahren ins Gefängnis. Mit Beugehaft soll der Wille der Menschen gebrochen werden, auch wenn sie sich nichts zu Schulden haben kommen lassen. Dafür werden die Gründe für eine Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft erweitert. Diese Massnahmen sind unverhältnismässig, auch im Vergleich zum Strafrecht. Selbst Minderjährige werden eingesperrt und damit die Kinderrechte missachtet. Untersuchungen zeigen zudem: Haft ist teuer (pro Person mehr als 100'000 Franken im Jahr) und fördert die Ausreise nicht. Je länger die Haft dauert, desto unwahrscheinlicher ist die Rückkehr.

4 ... weil die Probleme und Kosten auf Kantone und Gemeinden abgewälzt werden.

Das neue Asylgesetz wälzt Kosten und Probleme auf Kantone und Gemeinden ab. Es produziert jährlich Tausende von Rechtlosen, die in den



Städten untertauchen und von Nothilfe oder Schwarzarbeit leben müssen. Zudem entscheiden allein die Kantone, ob sie Härtefälle von Asylsuchenden prüfen wollen. Das schafft Ungleichheit und Willkür. Damit hängt von der Kantonzuteilung ab, ob eine Chance auf Regelung als Härtefall besteht oder nicht.

5 ... weil das Asylgesetz wirkungslos ist gegen Missbräuche.

Die noch von Bundesrätin Ruth Metzler ausgehandelten Rückübernahmeabkommen sind an einem toten Punkt angelangt. Die Revision des Asylgesetzes sieht in diesem Bereich keine Mittel vor. Gerade solche Abkommen stellen aber die wichtigste Massnahme gegen den Missbrauch unseres Asylsystems dar. Hierfür braucht es weitere Rückübernahmeabkommen, die Bekämpfung von Kriminalität mit dem Strafrecht, die bessere Betreuung von Jugendlichen und die Lockerung von Arbeitsverboten.

6 ... weil Papierlose vorverurteilt werden.

Asylgesuche von Papierlosen werden nur noch geprüft, wenn die Betroffenen glaubhaft machen können, dass sie als Flüchtlinge verfolgt sind. Hinweise auf Verfolgung genügen nicht mehr. Verfolgte sind aber oft so schwer traumatisiert, dass sie nicht über ihre Leiden reden, geschweige denn diese sofort nach der Ankunft beweisen können. Oft raten zudem Schlepper zur Vernichtung der Papiere oder nehmen die echten Papiere weg. Von den Behörden wird dies nicht als Entschuldigungsgrund akzeptiert.

7 ... weil Flüchtlinge keine Möglichkeit erhalten, ihre Rechte zu verteidigen.

Wer sich gegen einen Fehlentscheid wehren muss, ist auf sich allein gestellt. Während der Be-

schwerdefrist, die oft nur fünf Tage dauert, dürfen die Flüchtlinge die Empfangsstellen häufig nicht verlassen; sie können sogar inhaftiert werden. Es fehlt ihnen das Geld, um Kontakt mit Rechtsberatungsstellen aufzunehmen und den Hilfswerken wird der Zugang zu ihnen verwehrt. Fremdsprachige und rechtsunkundige Flüchtlinge haben damit keine Chance ihre Rechte wahrzunehmen.

8 ... weil Asylsuchende unter Generalverdacht gestellt werden.

Selbst in Privatwohnungen kann die Polizei Asylsuchende jederzeit ohne richterliche Erlaubnis durchsuchen. Durch diese Vermischung von Asyl- und Strafrecht werden die Rechte der Asylsuchenden erheblich eingeschränkt.

9 ... weil den Verwandten von Flüchtlingen in der Heimat Sippenhaft droht.

Künftig dürfen die Behörden Herkunftsstaaten von Flüchtlingen kontaktieren, bevor sicher ist, ob sie dort verfolgt werden. Den zurückgebliebenen Verwandten droht dadurch Sippenhaft; anstelle der Geflüchteten werden ihre Ver-



wandten misshandelt. Im Gesetz heisst es zwar, dass keine Daten weitergegeben werden dürfen, wenn dadurch Verwandte gefährdet werden. Lehnt das zuständige Bundesamt aber ein Gesuch ab, gelten damit die Betroffenen als nicht gefährdet. Daten gelangen an den Herkunftsstaat, obwohl die Betroffenen noch in nächster Instanz als Flüchtlinge anerkannt werden können.

10 ... weil sich die Schweiz unglaublich macht.

Die Schweiz setzt sich international für die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte ein. Im Mai wurde sie in den neu geschaffenen Menschenrechtsrat der UNO gewählt. Im eigenen Land würden diese Werte aber nicht mehr gelten, wenn dieses Asylgesetz Realität wird.

Eidgenössische Abstimmung: 10 Argumente gegen das neue Ausländergesetz

Nein zum neuen Ausländergesetz...

1 ... weil es Menschen 1. und 2. Klasse schafft.

AusländerInnen mit Aufenthaltsbewilligung werden mit dem neuen Gesetz aufgrund ihrer Herkunft unterschiedlich behandelt. Personen aus Nicht-EU-Ländern haben kein Recht auf Niederlassung, auch wenn sie hier schon mehrere Jahre leben, arbeiten und Steuern bezahlen. Das sind nicht weniger als 700'000 Menschen; oder 40% der in der Schweiz lebenden MigrantInnen, die von dieser Ungleichbehandlung betroffen wären.

2 ... weil es die Integration behindert.

Auch nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz erhalten Nicht-EU-BürgerInnen keinen Rechtsanspruch auf Niederlassung (Bewilligung C). Diese Unsicherheit bei den Aufenthaltsrechten und damit verbunden den Zukunftsperspektiven behindert die Integration massiv. Die Menschen bleiben der Behördenwillkür ausgesetzt. Und Kurzaufenthalter von ausserhalb der EU haben überhaupt keine Rechtsansprüche; weder auf Stellenwechsel, noch auf ein normales Familienleben. Wirkliche Integration lässt sich nur mit der Gleichstellung aller EinwohnerInnen dieses Landes erreichen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht.

3 ... weil es der Behördenwillkür Tür und Tor öffnet.

Aufgrund des neuen Gesetzes haben die zuständigen Behörden in gewissen Fällen den «Grad der Integration» in Betracht zu ziehen. Wie kann Integration fair gemessen oder ein Integrationspotential festgestellt werden? Sie ist eine Lebensweise und eine Geisteshaltung, die geprägt ist von gegenseitigem Respekt sowie der Respektierung von Rechten und Pflichten. Der Gefahr von behördlicher Willkür sind – ungeachtet ihrer Herkunft – alle MigrantInnen ausgesetzt.

4 ... weil der Familiennachzug massiv eingeschränkt wird.

Während EU-BürgerInnen und -Bürger ihre Kinder bis 21 Jahre problemlos nachziehen können, muss der Familiennachzug bei Nicht-EU-BürgerInnen innerhalb der ersten fünf Jahre erfolgen. Kinder über 12 Jahre müssen sogar innerhalb von 12 Monaten nachgezogen werden. Dies erschwert eine gute Integration aller Familienmitglieder und widerspricht einem Urteil des europäischen Gerichtshofs. Ein rascher Nachzug kann für eine erfolgreiche Integration von Vorteil sein. Oftmals wird der schnelle Familiennachzug aber ausgerechnet durch behördliche Auflagen verhindert: z.B. müssen gute Ein-

kommensverhältnisse nachgewiesen werden, eine «angemessene» Wohnung vorhanden sein etc. Damit sind die Betroffenen wiederum von der Einschätzung der Fremdenpolizei abhängig.

5 ... weil auch Schweizerinnen und Schweizer schlechter gestellt werden.

Ist ein Paar verheiratet, besteht Zwang zum Zusammenleben. Dies gilt für Ehen unter Nicht-EU-BürgerInnen; neu aber auch für SchweizerInnen, die eine PartnerIn von ausserhalb der EU heiraten. Hier werden SchweizerInnen schlechter gestellt als EU-BürgerInnen. Diese sind nicht zum gemeinsamen Haushalt verpflichtet. Auch Kinder aus binationalen Ehen mit Schweizer Elternteil werden benachteiligt: Rechtsanspruch auf eine Niederlassungsbewilligung wird nur bis zum zwölften Lebensjahr gewährt. Während EU-BürgerInnen ihre Kinder ohne Befristung nachziehen können, müssen SchweizerInnen ihre Kinder bis zum 12. Altersjahr innert fünf und hernach gar innert eines Jahres nachziehen. Damit werden SchweizerInnen gegenüber EU-BürgerInnen auch hier diskriminiert.

6 ... weil den Behörden erlaubt wird in Beziehungen zu schnüffeln.

Jede dritte Ehe in der Schweiz wird heute zwischen Menschen verschiedener Staatsangehörigkeiten geschlossen. Solche binationale Ehen werden in Zukunft erschwert. Standesbeamten werden neu ermächtigt, dann eine Eheschliessung zu verweigern, wenn sie den Verdacht hegen, es handle sich um eine Scheinehe. Unklar ist aber, mit welchen Mitteln dies festgestellt werden soll. Auch hier besteht die Gefahr von Willkür. Standesbeamten wird erlaubt, im Umfeld der heiratswilligen Nachforschungen anzustellen. Damit wird das Grundrecht der Ehefreiheit eingeschränkt.

7 ... weil Gewaltopfer weiter doppelt bestraft werden.

Bei Trennung der Ehegemeinschaft vor Ablauf von drei Jahren besteht kein Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung. Es ist heute leider eine gesellschaftliche Realität, dass viele Ehen früher geschieden werden. Unverständlich ist dabei im neuen Gesetz, dass auch Opfer ehelicher Gewalt, die ihren Ehepartner verlassen, ausgewiesen werden können – selbst dann, wenn die häusliche Gewalt nachgewiesen ist.

8 ... weil es unverhältnismässige Verschärfungen bringt.

Die unverhältnismässigen Zwangsmassnahmen des Asylgesetzes gelten auch für das Ausländerrecht. Die maximale Haftdauer aller Haftarten soll bei Erwachsenen 24 Monate, bei Minderjährigen 12 Monate betragen.

9 ... weil es Menschen in die Illegalität treibt.

Vor allem die Zulassungsbeschränkung auf Hochqualifizierte, aber auch die Einschränkungen beim Familiennachzug führen dazu, dass noch mehr ArbeiterInnen in der Schweiz in die Illegalität gedrängt werden. Bereits heute leben und arbeiten in der Schweiz über 100'000 Sans-Papiers. Auch bei Härtefällen verunmöglicht das neue Ausländergesetz, das Bleiberecht zu gewähren.

10 ... weil es kein einziges Problem löst, sondern neue schafft.

Das heute gültige Gesetz (ANAG) stammt von 1931. Nach 75 Jahren sollte dieses überholte Gesetz endlich total revidiert werden. In der vorliegenden Vorlage werden zwar erstmals Integrationsartikel im Ausländerrecht verankert, was

positiv ist. Doch diese Artikel werden durch viele andere Bestimmungen unterlaufen. Das neue Ausländergesetz löst somit keine Probleme, sondern schafft neue. Die im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU eingeführten Verbesserungen (Aufenthaltssicherheit, Familiennachzug usw.) sollten zum Referenzwert für alle bereits in der Schweiz lebenden und arbeitenden MigrantInnen genommen werden. Das würde echte Integrationspolitik ermöglichen.



Integrationspapier der SP Schweiz: Aktiv gegen die Fremdenfeindlichkeit

«Erfolgreiche Integration setzt

Die SP Schweiz will einer aktiven und konstruktiven Ausländerinnen- und Ausländerpolitik mehr Aufmerksamkeit schenken. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Zürcher Nationalrätin Vreni Hubmann hat ein Integrationspapier vorbereitet, welches Ende Jahr der Delegiertenversammlung zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Dem FORUM erzählt Vreni Hubmann, wo eine erfolgreiche Integration ansetzen muss, damit alle Seiten, Eingesessene und Zugewanderte, profitieren können.

FORUM: Vreni Hubmann, warum arbeitet die SP Schweiz an einem Integrationspapier?

Vreni Hubmann: Ich bin sehr glücklich, dass die SP ein Papier zu diesen Fragen auf breiter Basis diskutiert, so wird Ausländerpolitik wieder zu einem Thema der Partei. Wie dringend dies ist, ist uns bei den Einbürgerungsvorlagen nachhaltig bewusst geworden, als mit wenig Mitteln und ein paar «wüsten» Argumenten Fremdenfeindlichkeit geschürt wurde. Ähnliche Argumente sind wohl leider auch im Abstimmungskampf beim Asyl- und Ausländergesetz wieder zu erwarten.

Warum tut sich die Schweiz so schwer mit dem Thema Integration?

Wir haben uns trotz der Globalisierung noch immer eine Ängstlichkeit vor dem Fremden bewahrt. Was in meinen Augen unverständlich ist: Unsere Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass Menschen hier arbeiten kommen. Diese Menschen sind Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Flüchtlinge und Asylsuchende sind eine ganz andere Gruppe von Menschen, bei der Integration geht es aber am Ende um beide Gruppen.

Aus der Migrationsforschung in den USA und Kanada ist bekannt, dass Menschen, die bereit sind, ihr Land zu verlassen, um für sich und ihre Kinder bessere Lebensbedingungen zu schaffen, besonders mutig und anpassungsfähig sind. Weshalb tut sich Europa und die Schweiz im Speziellen so schwer mit EinwanderInnen, die in Nordamerika der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg waren?



Nationalrätin Vreni Hubmann:
«Integration hilft soziale Folgekosten zu vermeiden.»

Wir sind ja in der genau gleichen Situation: Wir verdanken unseren Wohlstand auch zu einem guten Teil dem grossen Einsatz der Migrantinnen und Migranten. Die Schweiz hat in den 1960er Jahren aktiv in Dörfern in Italien, Spanien und Portugal Arbeitskräfte rekrutiert. Viele glaubten damals, dass sie später wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Nach und nach hat sich aber herausgestellt, dass viele dann doch hier blieben, weil ihre Kinder und deren Familien hier zu

Hause sind. So wurde die Schweiz auch ihr Land. Wegen dieser falschen Annahme, haben wir viel Zeit verloren und den Menschen lange nicht Hand geboten, sich hier einzuleben. Unterdessen hat ein Bewusstseinswandel stattgefunden – die Basler Integrationspolitik ist da vorbildlich. Wir müssen von Anfang auf die Menschen zugehen; sie brauchen Anlaufstellen und Information, damit sie wissen, was konkret auf sie zukommt. Es ist unsere Aufgabe als Schweizer Gesellschaft, auch der Behörden, dass wir Chancengleichheit schaffen. Was dann die Menschen aus ihren Chancen machen, ist ihre Sache.

Wie schaffen wir das?

Nehmen wir die Kinder. In der Stadt Zürich haben wir beispielsweise doppelt so viele fremdsprachige Kinder an den Schulen, als vor 25 Jahren. 29 Prozent aller Zürcher Schulkinder sind nicht schweizerdeutscher Muttersprache. Die Mehrheit von ihnen, 63 Prozent, sind auf dem tiefsten Sekundarschul-Niveau eingeschult. Im höchsten Niveau sind es nur 15 Prozent, und an den Gymnasien sind es nur 8,5 Prozent. Das zeigt, dass Kinder ausländischer Eltern, obwohl sie hier aufgewachsen sind und eingeschult wurden, nicht die gleichen Chancen haben. Wir haben das in unserem Integrationspapier vertieft analysiert. Wir sehen, dass diese Kinder zu wenig und wenn, dann zu spät gefördert werden. Es wäre so einfach, wenn die Kinder bereits mit 3 Jahren in Spielgruppen integriert würden. Sie würden ohne weiteres deutsch, oder in der

Das Basler Integrationsmodell

Die beiden Basler Kantone haben sich diesen Sommer identische Integrationsgesetze gegeben. Sie geben auf die alte Streitfrage zwischen rechts und links, wessen Aufgabe Integration denn nun sei, die der Migrantinnen und Migranten oder die des Staates, eine neue Antwort: Es ist die Aufgabe beider. Von der Migrationsbevölkerung muss erwartet werden, dass sie sich um Integration bemüht, der Staat soll sie dabei aber in jeder nur erdenklichen Art und Weise unterstützen. Mit anderen Worten: Die Integrationsgesetze basieren auf dem Grundsatz «fordern und fördern».

Mit dem Gesetz werden alle Zuziehenden verpflichtet, «sich mit den hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen auseinander zu setzen und sich die dafür notwendigen Sprachkenntnisse

anzueignen». Die Kantone erhalten sogar die Kompetenz, die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung an das aktive Bemühen um eine Integration zu knüpfen.

Auf der anderen Seite haben sich aber die beiden Kantone und die Gemeinden dazu verpflichtet, der Migrationsbevölkerung die Integration nach Kräften zu erleichtern und die Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Insgesamt wurden dafür in Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen und Hilfswerken rund 60 Projekte gestartet, welche die Migrantinnen und Migranten bei ihrer Integration unterstützen. Das Basler Integrationsmodell, welches schon seit mehreren Jahren erprobt wird und jetzt auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wurde, gilt im In- und Ausland als beispielhaft.

möglichst früh an»



Mit einem Ausbau der Vorschulbetreuung können Kinder unabhängig ihrer Herkunft besser gefördert werden und erhalten so bessere Startbedingungen für ihr Leben.

Romandie französisch lernen. Es ist wichtig, dass wir die Vorschulziehung und -betreuung bewusst ausbauen und finanzieren. So könnten Kinder – im Übrigen auch Schweizer Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen – schon sehr früh gefördert werden.

Was riskieren wir ohne diese Förderung?

Wenn Kinder nicht früh genug gefördert werden, haben sie immer sprachliche Probleme und kommen in ein Schulniveau, das nicht ihrer Begabung entspricht. Am Schluss haben sie einen Primar- oder tiefen Sekundarschulabschluss und damit auch auf der Lehrstellen- und Arbeitssuche wieder Probleme. So entstehen soziale Kosten, die vermieden werden könnten.

Wer muss deiner Meinung was unternehmen, damit die Integration funktioniert?

Viel Positives ist auf der Ebene der Gemeinden und Kantone bereits geleistet worden. Aber es ist allgemein noch zu wenig. All dies müsste der

Bund auch besser koordinieren, fördern und vor allem auch finanzieren. Integrationspolitik soll nicht nur in einzelnen Gemeinden, Städten und Kantonen gemacht werden. Wir heben in unserem Integrationspapier auch hervor, dass es Bereiche und Menschengruppen gibt, die speziell Förderung brauchen. Das sind vor allem auch die Frauen, die häufig einfach als «Anhängsel» in die Schweiz kommen und dann auch etwas isoliert leben und mit der Kinderbetreuung allein gelassen werden. Wenn wir die Förderung der Schulkinder als Hauptpunkt nehmen, wäre dies auch ein Ansatzpunkt, Eltern und speziell die Mütter von Anfang an in diese Förderung einzubeziehen und sie zu ermuntern, sich an Aktivitäten von Spielgruppen, Kindergarten und Schule zu beteiligen. Das würde den Müttern die Möglichkeit bieten, sich auch selber in diese Gesellschaft zu integrieren. Wenn sie nämlich gut integriert sind, wird es auch für ihre Kinder viel einfacher.

Glaubst du denn, dass die Schweiz mit ihren vier Landessprachen und noch viel mehr regionalen

Kulturen Menschen aus weiteren Kulturen wird integrieren können und als Gesellschaft mit der Differenz produktiv umgehen wird?

Ich hoffe natürlich, dass wir produktiv damit umgehen können und uns bewusst sind, dass andere Menschen aus anderen Kulturen mit uns leben, und dass wir davon auch sehr viel profitieren können. Wir sollten uns um Kontakte und Austausch aktiv bemühen – auch mit Tessinern und Romands. Jede Begegnung mit einer anderen Kultur ist doch spannend und eine grosse Bereicherung! Dabei lernen wir auch unsere eigene Kultur besser kennen.

A propos: Letzthin trat ich in Zürich-Oerlikon in eine Beiz, weil ich mit meiner welschen Freundin etwas besprechen musste. Als wir bestellt hatten und auf Französisch zu diskutieren begannen, drehten sich die Leute nach uns um. Es war, als kämen wir, zwei Schweizerinnen, von einem anderen Stern!

Interview: Karin Küchler

Eidgenössische Abstimmung: KOSA-Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV»

«Mit Nationalbankgewinnen

Am 24. September kommt die Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» zur Abstimmung. Treibende Kraft hinter der Initiative des Komitees für eine sichere AHV (KOSA) ist SP-Nationalrat Ruedi Rechsteiner. Dem FORUM erklärt er, warum diese Abstimmung für die Zukunft der Altersvorsorge so wichtig ist.

FORUM: Warum gehören die Nationalbankgewinne in die AHV?

Ruedi Rechsteiner: Weil es der einzig gerechte Weg ist, die steil gestiegenen Ausschüttungen der Nationalbank zu verteilen. Mit dem Gewinn der Nationalbank, welcher sie mit dem Volksvermögen erwirtschaftet hat, können die Renten gesichert werden. Und das dient am Ende allen.

Weshalb hat dann die SP die Goldinitiative der SVP nicht unterstützt?

Halt! Gold und Gewinne sind nicht dasselbe. Jetzt geht es um die Gewinne der Nationalbank, beim Gold ging es um die einmalige Ausschüttung von überschüssigen Reserven. Bei der Goldinitiative gab es einen Gegenvorschlag. Dieser wollte den Kantonen, der AHV und der Solidaritätsstiftung je ein Drittel der 21 Milliarden Franken zuweisen. Die SP entschied sich für den Gegenvorschlag, aber beide Vorlagen wurden dann ja vom Volk abgelehnt.

Braucht die AHV denn überhaupt mehr Mittel?

Ja das braucht sie. Die Demographie verändert sich in den nächsten zwei Jahrzehnten schneller als bisher, dann erst flacht die Alterskurve wieder ab. Und die Bürgerlichen machen schon lange auf Panik und wollen die Indexierung der AHV-Renten eiskalt abschaffen, sobald die ersten Defizite auftreten, statt die Beiträge zu erhöhen.

Ist das Wehklagen über die leeren AHV-Kassen nicht nur Angstmacherei der Bürgerlichen, um das AHV-Alter weiter hochzutreiben und die Rentnerinnen und Rentner zu verunsichern?

Natürlich wird dabei die Angst vor der Alterung instrumentalisiert. Fakt ist aber, dass die AHV etwa alle zehn Jahre ein weiteres Mehrwertsteuerprozent braucht, um die jetzigen Leistungen zu sichern. Die Bürgerlichen versuchen



*Nationalrat Ruedi Rechsteiner:
«Nationalbank-Gewinne sind Volksvermögen
und sollte allen zugutekommen.»*

schon lange, die AHV-Renten zu kürzen und können dies am ehesten in einem Zeitpunkt erreichen, wenn die AHV rote Zahlen schreibt, kombiniert mit einer Vorlage, die auch gewisse Mehreinnahmen bringt.

Aber wären die Gewinne der Nationalbank nicht besser in die Zukunft, in die junge Generation investiert, etwa im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und für eine Bildungsoffensive?

Diese Aufgaben dürfen wir sicher nicht vernachlässigen. Aber wir stellen fest, dass die Bürgerlichen ganz anderes im Sinn haben. Die im letzten Jahr verteilten Goldreserven wurden praktisch ausschliesslich zur Schuldentilgung verwendet, und anschliessend wurden die Steuern gesenkt. Nichts von Bildungsoffensive, ob schon Zinslasten wegfielen, nichts von Kampf gegen Arbeitslosigkeit, sondern Steuerergeschenke bis hin zu degressiven Steuern.

Schürt denn die KOSA-Initiative nicht das Ungerechtigkeitsgefühl bei den Jüngeren noch weiter?

Im Gegenteil. Die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» stärkt die Solidarität,

denn erstmals seit langer Zeit werden bewusst höhere Finanzmittel in die Sozialwerke gepumpt. Die Jungen profitieren davon sehr stark, denn einerseits wird die Mehrwertsteuer nicht erhöht – was die Familien am meisten treffen würde – und andererseits können gerade die Jungen dadurch mit Renten rechnen, die durch die Teuerung nicht weiter geschmälert werden. Denn wenn Bundesrat Couchepin am Mischindex schraubt, trifft es die heute Jungen im Alter viel stärker als die bereits Pensionierten.

Grossen Widerstand gegen die Initiative kommt aus den Kantonen. Sie befürchten, dass die Nationalbank nach der Annahme der KOSA-Initiative ihre Unabhängigkeit verliert.

Das ist Unsinn. Heute ist die Unabhängigkeit in viel stärkerem Mass durch die Kantone bedroht, die selber im Bankrat sitzen und die Nationalbank-Reserven in den letzten drei Jahren zu einem Selbstbedienungsladen umfunktioniert haben. Die AHV hat selber keine Vertretung im Bankrat und kann auf die Gewinnberechnung keinen Einfluss nehmen. Von einem Verlust an Unabhängigkeit kann also keine Rede sein.

Ein weiterer Kritikpunkt der vorgebracht wird, ist der, dass mit dieser «Gold- und Gewinnverteilte» die Substanz der Nationalbank allmählich ausgehöhlt werde.

Nein, keineswegs, denn die Gewinn und Rückstellungspolitik wird von der Nationalbank selber definiert. Und in der Gewinnausschüttungsreserve liegen zurzeit 19 Milliarden Franken, also genug, um zusammen mit den laufenden Gewinnen bis 2012 stabile 2,5 Milliarden Franken auszuschütten, 1 Milliarde Franken für die Kantone und 1,5 Milliarden Franken für die AHV. Wir wollen die Substanz der Nationalbank erhalten. Man tötet nicht die Gans, die goldene Eier legt.

Nach dem ersten grossen Goldsegen sind die Kantone sicher nicht besonders glücklich, wenn die Gewinne der Nationalbank künftig in die AHV fliessen?

Es ist ja nicht so, dass die Initiative den Kantonen etwas wegnehmen würde: Die Kantone erhalten auch in Zukunft gleich viel Geld wie zum Zeitpunkt der Lancierung der Initiative – eine Milliarde Franken –, nur der Rest geht in die AHV.

die AHV sichern»



Mit der Umleitung von Nationalbank-Gewinnen in die AHV können die Renten auf Jahre hinaus gesichert werden.

Zum Schluss: Mit welchen drei Hauptargumenten wollen die InitiantInnen die Stimmenden überzeugen?

Wir haben nicht drei, sondern mindestens zehn gute Argumente. Die AHV-Initiative wird Ja-Stimmen gewinnen:

1. Weil alle Menschen in der Schweiz davon profitieren: die AHV nützt allen.
2. Weil eine höhere Mehrwertsteuer zehn Jahre hinausgeschoben wird.

3. Weil mit einem Ja die AHV-Renten auch bei demographischen Mehrbelastungen sicher sind.

4. Weil die Volksinitiative weder die Arbeitnehmer noch die Arbeitgeber zusätzlich belastet.

5. Weil die Nationalbank auch in Zukunft Milliarden-Gewinne machen wird.

6. Weil die Erträge der Nationalbank dem Volk gehören.

Darum geht es

Im April 2001 lancierte das «Komitee sichere AHV» (KOSA) mit einem der Väter der AHV als Ehrenpräsidenten, dem mittlerweile verstorbenen alt Bundesrat Hans-Peter Tschudi, die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV».

Eingereicht wurde die Initiative am 9. Oktober 2002. Das Parlament empfahl sie am 16. Dezember 2005 definitiv zur Ablehnung. Angesichts des absehbaren und inzwischen bekannten Rekordgewinns der Nationalbank hatte der Bundesrat auf den Mai-Termin für die Abstimmung über das Volksbegehren verzichtet. Jetzt kommt sie am 24. September an die Urne.

Das Volksbegehren verlangt, dass der Verteilschlüssel für die Ausschüttung der Nationalbankgewinne folgendermassen geändert wird: Künftig sollen sämtliche Erträge der Nationalbank – abzüglich einer Milliarde Franken zu Gunsten der Kantone – in die AHV-Kasse fließen. Dies ergibt für die AHV einen jährlichen Zustupf von ein bis zwei Milliarden Franken.

Es wird also bloss der Schlüssel, wie die Nationalbankgewinne verteilt werden sollen, geändert; ihre Substanz wird von der Initiative nicht angetastet. Bisher galt für die Gewinne der Nationalbank folgender Verteilschlüssel: zwei Drittel für den Bund und ein Drittel für die Kantone.

7. Weil gerade die Jungen profitieren, wenn der AHV-Mischindex nicht verändert wird und die Mehrwertsteuer nicht ansteigt.

8. Weil alle eine sichere Altersvorsorge verdient haben.

9. Nationalbankgewinne sind Volksvermögen. Alle sollen davon etwas haben.

10. Weil sonst nur Steuerensungen für Superreiche finanziert werden.

Interview: Karin Küchler

«Who is who» der SP Uster: Teil 2

Wir machen uns stark für Uster

In der letzten FORUM-Nummer präsentierten wir Ihnen ein «Who is who» mit den Behördenmitgliedern der SP Uster, so dass sie wissen, wer sich in den nächsten vier Jahren an vorderster Front für eine selbstbewusste Stadt mit hoher Lebensqualität und starkem Gemeinschaftsgefühl einsetzen werden. Nun präsentieren wir Ihnen die Personen, welche im Hintergrund die organisatorische und kommunikative Arbeit für die SP Uster machen.

Vorstand SP Uster

Mitglieder der Geschäftsleitung



Marc Meyer (*1962) ist Architekt, Präsident des Vereins Freizeit- und Jugendzentrum Uster (frjz) sowie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster. Er gehört seit 2003 dem Gemeinderat an

und ist dort Mitglied der Kommission Planung und Bau.



Lydia Hässig (*1960) ist Historikerin und arbeitet als Berufsschullehrerin. Sie hat lange Jahre die SP-Arbeitsgruppe «Schule und Bildung» präsi- diert, heute ist sie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster. Sie war von 1994 bis 1998 Mitglied des Gemein- derates und von 2004 bis 2006 Mitglied der Primarschul- pflege.



Elisabeth Schlegel (*1957) ist diplo- mierte Buchhalterin und seit 2002 Kassie- rerin der SP Uster. Von 1987 bis 1995 war sie Mitglied der Gesundheitsbehörde, seit 2003 vertritt sie

im Zweckverband Spital Uster die Stadt Uster als Delegierte.

Mitglieder des Vorstandes



Julia Amherd (*1967) ist aus- gebildete Pflegefachfrau und Beru- fsschullehrerin im Gesund- heitswesen, unter anderem an der Pflegeschule Uster. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Mitglied der Kom- mission Soziales und Gesundheit.



Benni Beckmann (*1941) war bis zu ihrer Pensionierung Gewerkschaftssekretärin bei der Gewerkschaft Bau & Industrie. Sie ist seit 2003 Mitglied der Oberstufenschulpflege und dort Mitglied der Kommission Berufswahlschule und betreut die ausländischen Lehrkräfte, welche «Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur» unterrichten.



Matthias Stambach (*1964) ist Jurist und Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich. Von 2000 bis 2003 präsi- dierte er den Handballclub KZO Wetzikon und ist Mitglied der Dis- ziplinarkommission des Zürcheri- schen Handballverbandes.



Martin Zwysig (*1962) ist selb- ständiger Informatiker mit eigenem Computerservice-Unterneh- men. Daneben widmet er sich als Hausmann vor allem seiner Fami- lie. Vor seinem Umzug nach Uster gehörte er dem Gemeinderat Opfi- kon-Glattbrugg an.

FORUM-Redaktion



Margrit Enderlin (*1936) war bis zu ihrer Pensionierung Musikredak- torin beim Schweizer Fernsehen. Von 1998 bis 2002 war sie zudem Mit- glied der Heim-

kommission Im Grund.



Ewald Feldmann (*1943) war bis zu sei- ner Pensionierung Pro- duktionsleiter einer Wochenzeitung. Lange Jahre war er Mitglied des Gemeinderates, der Oberstufenschulpflege sowie Präsident der SP

Uster. Seit 2005 ist er Mitglied der Sozialbehörde und dort Mitglied der Sozialhilfebehörde.



Stefan Feldmann (*1970) ist selbständiger Kommunikati- onsberater. Er ist seit 1997 Mit- glied des Gemeinderates, den er 2000/2001 präsi- dierte. Er ist Mitglied der Kommission Öffentliche Dienste und Sicher- heit und präsi- dierte von 2000 bis 2004 die SP-Gemeinderats-

fraktion. Seit 2003 ist er auch Mitglied des Kantonsrates und dort Mitglied der Finanzkommission. Homepage: www.stefanfeldmann.ch



Letizia Fiorenza (*1957) ist Atemtherapeutin und Sänge- rin. Gemeinsam mit ihrem Mann David Sautter tritt sie mit einem Programm mit italieni- schen Liedern auf und gemein- sam bieten sie mit «Adelheid» auch ein Programm mit Lie- dern für «Chind und Chinds- chöpf». Als Vertreterin der CLI übersetzt sie regelmässig Artikel für den italiensprachigen Teil des FORUM. Homepage: www.adelheid.ch



Fredi Gut (*1953) arbeitet als selbständiger Desktop Publisher und Webdesigner und gestaltet als solcher auch die Plakate, Prospekte und Homepa- ges der SP Uster. Mit Unterbrüchen ist er

seit 1980 Mitglied der FORUM-Redaktion. Homepage: www.dtp-atelier.ch



Rolf Murbach (*1962) ist Germanist und ar- beitet als Journalist und Fotograf. Er ist zudem Dozent an der Schule für Angewandte Lin- guistik und bietet dar- über hinaus Seminare für kreatives Schreiben

und journalistisches Texten an. Homepage: www.schreibart.ch

www.sp-uster.ch in luftig-neuem Design

SP Uster mit neuem Webauftritt

Vor fast zehn Jahren hat die SP Uster als erste Ustermer Lokalpartei im Internet eine eigene Website aufgeschaltet. Was am Anfang noch sehr rudimentär und «handglisnet» daher kam, wurde mit der Zeit auf eine professionellere Basis gestellt, der Inhalt kontinuierlich ausgebaut. Mit Erfolg: Die Zugriffe auf die Website stiegen kontinuierlich Jahr für Jahr: 2005 wurden rund 30'000 Zugriffe auf die Homepage der SP Uster verzeichnet, dieses Jahr dürfte die Zahl wegen des Wahlkampf noch deutlich darüber liegen.

Wuchs die Menge der auf der Website bereitgestellten Informationen in den vergangenen Jahren konstant an, so erfuhr das Design der Homepage kaum Anpassungen. Nach dem Abschluss der Wahlen diesen Februar bestanden nun aber endlich wieder Ressourcen, um der Website nach fünf Jahren ein neues Kleid zu verpassen. Das Design – von dem die beigefügten Abbildungen einen Eindruck vermitteln sollen – wurde dabei in seinen Grundzügen dem graphischen Auftritt der Kantonalpartei angepasst –

Wiedererkennbarkeit ist bekanntlich in unserer heutigen Mediengesellschaft das A und O. Integriert in die neue Website der SP Uster ist auch der Webauftritt des FORUM. Diesen erreichen sie entweder über www.sp-uster.ch und dem Link «FORUM» oder aber wie bisher über www.forumonline.ch. Sie werden dann automatisch zur neuesten Nummer unserer Zeitschrift weitergeleitet. (sf/fg)



Veranstaltungskalender

06.09. INFOVERANSTALTUNG SP USTER

Thema: Die Oberlandautobahn und ihre Folgen für die Stadt Uster.

20.00 Uhr, Qbus, Braschlergasse 10

09.09. STANDAKTION DER SP USTER

Standaktion zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 24. September:

Ja zur KOSA-Initiative
Nein zum Asylgesetz
Nein zum Ausländergesetz

20.00 bis 14.00 Uhr, Stadtzentrum

10.09. KINO: THE ROAD TO GUANTANAMO

Michael Winterbottom
Grossbritannien 2006

E d/f, 95'



THE ROAD TO GUANTANAMO basiert auf der Geschichte von vier jungen Muslimen aus dem britischen Tipton, die für eine Hochzeitsfeier im September 2001 nach Pakistan reisen. Da die Hochzeit erst in ein paar Wochen stattfinden wird, beschliessen sie nach einem Moscheebesuch spontan mit dem Bus nach Afghanistan zu fahren, um Land und Leute kennen zu lernen und um der Bevölkerung zu helfen – so, wie der Imam die Gläubigen aufgerufen hat. Die vier Freunde geraten zwischen die Fronten, drei werden von der Nordallianz als potenzielle Terroristen festgenommen, die Spuren des vierten verlieren sich in den Kriegswirren. Nach einigen Wochen werden die drei Gefangenen ausgeflogen und im US-Stützpunkt Guantánamo auf Kuba inhaftiert. Ohne Gerichtsverfahren werden sie zwei Jahre lang gefangen gehalten und gefoltert, um dann ohne weitere Erklärungen frei gelassen zu werden – da ihnen offenbar nichts anderes vorgeworfen werden konnte, als zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein.

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia, Braschlergasse 10

14.09. PODIUMSDISKUSSION

«Flüchtlingsschutz contra Asylmissbrauch»
Beleuchtung des Themas aus verschiedenen Blickwinkeln, Moderation: René Meier,
Veranstalter: Forum Christ + Politik

20.00 Uhr, Kirchgemeindehaus Kreuz

17.09. KINO: HEIMAT - LEBENSLÄNGLICH

Jens-Peter Røvekamp
Schweiz 2004

Dial. 63'

11.30 Uhr, Qtopia

17.09. KINO: RYNA

Ruxandra Zenide
Schweiz/Rumänien 2005

Ov d/f 92'

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia

24.09. KINO: SOMTHIN LIKE HAPPINESS – STESTI

Bohdan Slama

Tschechien 2005

Ov d/f 100'



Monika, Dascha und Tonik leben in einer kleinen tschechischen Industriestadt. Monika träumt von einem Leben in Amerika, wo ihr Freund bereits auf sie wartet. Dascha setzt ihre ganze Hoffnung in eine Affäre mit dem verheirateten Jára und gerät zunehmend aus dem Gleichgewicht. Zusammen bilden sie eine glückliche Patchworkfamilie und mit Elan und Fantasie schaffen sie sich ihr kleines Paradies. Doch sie wissen, es ist nur ein Glück auf Zeit...

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia

01.10. KUFKI: PINOCCHIO

mit Loosis Puppentheater
Schulanlage Pünt, 11.00 Uhr
Kinder 9.–, Erwachsene Fr. 16.–
Infos und Vorverkauf: Reisebüro Bahnhof Uster
oder rene-krebs@bluewin.ch

01.10. KINO: ME AND YOU AND EVERYONE WE KNOW

Miranda July

USA 2005

E d/f 92'

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia

06.10. KINO: TRÜMPI und KONZERT: mit Anton Bruhin und Lucas Niggli

Film von Iwan Schumacher

Schweiz 1999

Ov/71'

1. Teil: «TRÜMPI - Anton Bruhin, der Maultrommler»
Dokumentarfilm von Iwan Schumacher.
Dokumentarisches Road Movie über drei Konzertreisen des Schweizer Maultrommelspielers Anton Bruhin, einem Meister seines Fachs. Im Mittelpunkt steht die rhythmische Musik, deren grosse Vielfalt von traditionellen Weisen bis zu avantgardistischen Konzerten reicht. Ein sinnfrohes audiovisuelles Essay, das den Künstler über seine Musik definiert und deren völkerverbindende Kraft deutlich ins Bild setzt.



2. Teil: Konzert mit Anton Bruhin und Lucas Niggli
Die beiden musikalischen Wandervögel Anton Bruhin und Lucas Niggli begegnen sich in einem Duokonzert mit Maul- und anderen Trommeln.

20.30 Uhr, Qbus, Eintritt 25.--/15.--

07.10. VON MÄUSEN, RATTEN und CO.

Familiennachmittag
in der Naturstation Silberweide

Fangen (lebend!) von Mäusen, Bestimmen, Spiele rund um diese kleinen Mitbewohner. Gemeinsames Grillieren.
Anmeldung bis 4. Oktober unter info@silberweide.ch
Kosten: Fr. 20.- pro Familie, bzw. 10.- pro Person (Essen nicht inbegriffen).

15.00 Uhr, Naturstation Silberweide

08.10. KINO: LEMMING

Dominik Moll

Frankreich 2005

F d 130'

18.30 und 21.15 Uhr, Qtopia

15.10. KINO: NOSFERATU – PHANTOM DER NACHT

Werner Herzog

Deutschland 1978

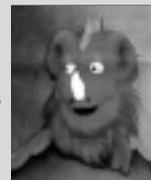
D 107'

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia

05.11. KUFKI: DU HAST ANGEFANGEN

mit dem Figurentheater ARCAS

Eine einprägsame und vergnügliche Geschichte über das Streiten und Versöhnen und was damit noch alles zusammenhängt. Der blaue und der rote Kerl geraten in Streit weil sie die Welt verschieden sehen Bis zur Versöhnung ist es ein weiter Weg.



Schulanlage Pünt, 11.00 Uhr
Kinder 9.–, Erwachsene Fr. 16.–
Infos und Vorverkauf: Reisebüro Bahnhof Uster
oder rene-krebs@bluewin.ch

INSERATE

Bioladen
pfelbaum
Zentralstrasse 18, Uster
Aktionen, News, Degus...
jetzt wöchentlich Newsletter bestellen:
newsletter@oepfelbaum-uster.ch
Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30
Sa 9.00 - 16.00

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL.01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Centro Italiano Uster

Cari connazionali,

è da molto tempo che rifletto sul nostro centro italiano presso la Bankstrasse 42 di Uster, su quello che si potrebbe fare in avvenire, per tutte le associazioni italiane residenti a Uster e per noi stessi.

Personalmente non sono molti anni che pratico il centro, però vi posso dire che fa piacere incontrarsi tutti noi italiani che viviamo a Uster e nei paesi limitrofi, scambiarsi delle opinioni e realtà differenti sul nostro paese e su quello che avviene a Uster.

Per tanti anni è stato un centro culturale per tutte quelle persone che hanno avuto bisogno. Tuttavia si danno corsi d'informatica, disegno, Tedesco e Inglese.

Qui gli Italiani hanno dimostrato che vogliono fare e impegnarsi a migliorare la cultura e il sapere, solo così riusciamo a difenderci da chi vuole approfittare dei più deboli.

Purtroppo negli ultimi anni il nostro centro italiano va a deperire, emanando dei cattivi odori, e le mura esterne sono in pessimo stato. Sono del parere che la Segreteria del centro e tutte le Associazioni italiane, dovrebbero intervenire per migliorare l'ambiente sia interno che esterno, rendendolo più accogliente e accessibile a tutti quelli che lo praticano, per esempio quando vengono organizzate delle assemblee generali, delle serate informative o delle attività destinate a favorire la conoscenza e la socializzazione con il centro di studi Italiani in Zurigo, e perché no!

quando dovesse accogliere un'associazione di donne, se esistesse.

Rinnovarsi vuol dire anche invitare i giovani, lasciarli fare, dandogli la possibilità di mettere in pratica delle nuove idee, solo in questo modo si riuscirà, e ne abbiamo avuto le prove durante i campionati di pallone, che i giovani a Uster ci sono e sono molto attivi.

Mi oppongo anche ad alcune opinioni a livello comunale e politico quando si fanno dei grandi discorsi da parte delle autorità, che noi italiani siamo socievoli e di buon carattere, e che siamo totalmente integrati. Integrati quanto? Tanto da lasciarci marcire nelle baracche vecchie senza che qualcuno delle autorità si prenda la briga di

contattare i responsabili del centro o le associazioni prendendo provvedimenti!

È questo il ringraziamento a tanti connazionali che hanno collaborato per oltre trenta anni a creare e mantenere viva la nostra cultura e le nostre origini?

Vi rendo noto che la segreteria del centro ha fatto appello più volte presso i responsabili della città di Uster, ottenendo solo dei riscontri negativi.

Faccio appello a tutti i presidenti delle associazioni italiane e ai connazionali che si sentono veramente parte integrante del centro italiano di contattare la segreteria o la CLI per un incontro e per prendere le precauzioni necessarie alla soluzione del problema.

Italo Conte





DI NUOVO! Aumento dei premi delle casse malati.

È dei giorni scorsi la triste notizia: Le casse malati aumenteranno i premi, mediamente del 5%. È un ritornello ormai, che ci tormenta ed angoscia da decenni; ogni anno, di questi tempi, la gente comincia a chiedersi non se aumenteranno i premi, ma di quanto aumenteranno!

Di Claudio Marsiglia

Nei giorni scorsi, in una trasmissione d'inchiesta giornalistica sulla TSI, il conduttore ha intervistato un pezzo grosso del settore, chiedendogli il perché di questi aumenti ripetuti negli anni e cosa fanno le casse malati per mettere fine a quest'incresciosa situazione. Il tipo mi ha dato l'impressione d'essere bravo ad arrampicarsi sugli specchi, a parlare tanto per non dire nulla, a far capire, infine, che il problema è e rimane della massa delle persone che alla fine deve pagare la fattura finale di una sanità che sembra non avere limiti di costo!

Nell'arco di dieci anni l'aumento dei premi che le casse malati chiedono è stato del 80%, quale stipendio ha avuto un simile rialzo? Partendo da

questa domanda una persona con un minimo di buon senso cerca delle soluzioni per frenare, in qualche modo, questa scalata esponenziale dei costi non supportata da un aumento adeguato dei guadagni, ecco perché parecchie persone hanno dovuto aumentare la quota di partecipazione ai costi fino al massimo consentito con lo scopo di pagare premi mensili ridotti di qualche decina di franchi. Tutto ciò però, se da una parte fa risparmiare qualcosa in termini monetari, ha un costo sanitario, la persona andrà dal dottore solo quando sentirà di non poterne fare più a meno! Tutti i giorni leggiamo o ascoltiamo nei mass-media l'esperto di turno che ci parla di prevenzione, di controlli periodici; belle e vuote parole, il nostro organismo è come un'auto che ha bisogno di controlli periodici e questi servono ad affrontare malattie che se prese all'inizio si possono curare. Ma se nel corso degli anni il potere d'acquisto dei salari è stato eroso a causa di un'inflazione minima ma sempre presente, da affitti e costi vari aumentati anch'essi in maniera esponenziale, un povero cristo sarà costretto a risparmiare, e siccome dormire sotto i ponti è poco salutare, specie in inverno, si auto-convince che lui ha una salute di ferro e taglia le spese sui premi di malattia, con buona pace del discorso preven-

zione!

Cosa fanno i nostri governanti per porre rimedio a questa situazione? Molte cose! Si è chiuso ospedale, si è razionalizzato i costi (licenziato un sacco di persone) ecc. ma non è servito a niente, gli interessi in giro sono troppo grandi. È difficile tagliare i costi delle medicine, d'apparecchi sanitari, di dentisti, di medici che alla fine dell'anno realizzano guadagni scandalosi; eppure basta spostarsi di pochi chilometri, oltre frontiera, per pagare le stesse medicine o prestazioni mediche molto più a buon mercato.

Ho qualcosa che mi frulla in mente già da qualche anno: Mi piacerebbe vedere come se la cava un politico o un gran manager con Fr. 4000.- di salario, una famiglia ed un affitto da pagare!

P.S.

Ripropongo queste mie considerazioni a distanza di alcuni mesi perché la realtà è perfino peggiorata, visto che nei giorni scorsi sono scesi in piazza i medici di famiglia per denunciare la situazione di estremo disagio in cui si trovano. Le casse malati, per risparmiare sui costi, mandano i pazienti a curarsi oltre confine, contro ogni logica e con il rischio di dare un definitivo segnale di sfascio del sistema sanitario nazionale!

Via libera del governo cantonale zurighese.

Diritto di voto agli stranieri nel cantone di Zurigo?

Il governo del cantone di Zurigo ha dato mandato al parlamento di analizzare la possibilità di dare ai comuni la facoltà di concedere il diritto di voto attivo e passivo a livello comunale, agli stranieri che siano in possesso della residenza (permesso C) e risiedano in Svizzera da almeno dieci anni. Il progetto di legge in tal senso sarà presentato dal governo al parlamento cantonale. Se sarà approvato, sarà certamente sottoposto a votazione popolare, difatti per introdurre il diritto di voto agli stranieri, anche se facoltativo, si rende necessaria una modifica della costituzione cantonale.

Di Valerio Modolo

Ci teniamo a ricordare che nel 1988, sotto la spinta della colonia libera che ha coinvolto la gran parte delle associazioni italiane e un gran numero di quelle straniere, fu consegnata una petizione corredata da duemila firme (la prima nella Svizzera tedesca) per il diritto di voto agli stranieri a livello comunale. Nel 1993 sempre con il nostro impegno e grazie ai nostri ottimi rapporti con il PS di Uster, fu consegnata e messa in votazione popolare un'iniziativa del PS svizzero cantonale per il diritto di voto agli stranieri a livello comunale.

Purtroppo sia la petizione che l'iniziativa furono respinte, ma secondo il nostro parere, sono servite a sensibilizzare l'opinione pubblica svizzera sui problemi degli stranieri.

Le argomentazioni del governo a sostegno di questo progetto, sono in gran parte quelle che noi abbiamo sempre sostenuto e sono le seguenti.

Gran parte degli stranieri che vive in questo cantone da diversi anni, ha contribuito con il suo lavoro in modo decisivo allo sviluppo di questa società. Essendo questa società in continua evoluzione, è importante dare responsabilità e coinvolgere gli stranieri sulle politiche comunali. In secondo luogo, il diritto di voto a livello comunale darebbe un grosso contributo a promuovere l'integrazione. Inoltre con la libera circolazione delle persone, specie per le più qualificate, il diritto di voto a livello comunale sarebbe un'attrazione in più per domiciliare nel cantone.

In Svizzera sono ormai otto i cantoni, di cui 3 nella Svizzera tedesca, che hanno introdotto il diritto di voto agli stranieri a livello comunale, senza conseguenze negative. Nella Svizzera francese due cantoni hanno introdotto il diritto di



voto e di eleggibilità anche a livello cantonale. Nel cantone Zurigo i diritti politici agli stranieri sono da diversi anni motivo di discussione: Dapprima le varie petizioni delle organizzazioni degli stranieri, poi l'iniziativa del 1993 a cui hanno fatto seguito interventi di parlamentari e iniziative parlamentari, purtroppo sempre senza risultati concreti.

Nel 2004 ci fu una totale revisione della costituzione del cantone Zurigo, che fu accettata in votazione popolare. Per evitare un'eventuale bocciatura di tutta la revisione si evitò volutamente di inserire nella nuova costituzione il diritto di voto facoltativo agli stranieri a livello comunale.

Opposizione da destra, favorevoli gli altri partiti
Non possiamo perciò che accogliere con piacere questa proposta del governo cantonale, siamo però anche consapevoli che la strada da compiere sarà lunga. La destra svizzera, con il partito SVP (unione democratica di centro), è indignata da una simile proposta, ritenendola inaccettabile e si opporrà quindi molto duramente per evitare la discussione e quindi l'entrata in materia. Nella peggiore delle ipotesi farà ricorso con un referendum.

Possiamo però contare sull'appoggio senza riserve del partito socialista svizzero, che da sem-

pre ha dimostrato interesse e disponibilità verso i problemi e le richieste degli stranieri. La responsabilità politica agli stranieri, secondo il PS, sarebbe un gran contributo all'integrazione. Ad Uster ci sono da moltissimi anni degli ottimi rapporti tra la colonia libera e il PS svizzero. Anche i verdi hanno manifestato il proprio sostegno alla proposta del governo. Vorrebbero abbassare a 5 anni la residenza in Svizzera per il diritto di voto non solo a livello comunale ma anche cantonale.

I cristiani democratici (CVP), per bocca del loro portavoce, sono in linea di massima favorevoli al diritto di voto agli stranieri integrati, usando però la politica dei piccoli passi. In ogni caso sarà l'assemblea dei delegati a decidere in merito.

I liberali (FDP) al contrario, con un intervento del presidente della frazione zurighese, hanno affermato che l'integrazione degli stranieri deve passare attraverso la naturalizzazione e non con il diritto di voto a livello comunale.

Queste le prime reazioni a caldo dei partiti. Come si può notare i partiti borghesi sono contrari o molto cauti. Bisogna considerare che il prossimo anno ci saranno le elezioni che su questa materia influenzeranno molte prese di posizioni.

Noi siamo convintissimi che il diritto di voto agli stranieri a livello comunale sia una richiesta legittima, i problemi dei comuni e non solo, devono coinvolgere tutti in quanto sono questioni d'interesse generale che riguardano ciascuno di noi. Problemi come il risparmio d'energia, l'inquinamento e altri non si possono regolare solo con la legge ma richiedono un coinvolgimento generale. L'essere esclusi dalle decisioni provoca apatia e disinteresse visto che la nostra opinione non conta. Noi ci auguriamo che i partiti dimostrino sensibilità verso gli stranieri e non decidano in conformità a calcoli elettorali. Prendano ad esempio il cantone Appenzello che, pur essendo un cantone legato alle tradizioni, nella modifica della costituzione cantonale ha introdotto il diritto di voto a livello comunale agli stranieri senza porre problemi.

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 229 Settembre 2006

Diritto di voto agli stranieri nel cantone di Zurigo?

P.P. Uster

